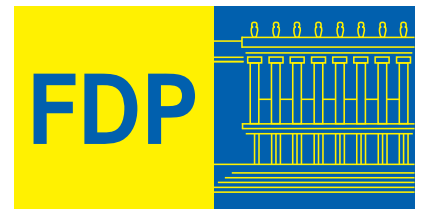


Blaue Seiten



RATSFRAKTION WUPPERTAL

AUSGABE JANUAR 2011

Aufwachen aus dem Winterschlaf!

CDU und SPD verschlafen die Zukunft unserer Stadt

Und es bewegt sich doch

In einigen Punkten konnte die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal Erfolge erzielen

Bündnis90/DAGEGEN

Während die FDP den schnellen Ausbau will, gefährden die Grünen den Ausbau der L419

Inhalt / Impressum

Vorwort,	
Wer gewinnt? Kampf der Baumärkte auf Lichtscheid	<u>3</u>
Aufwachen aus dem Winterschlaf! CDU und SPD verschlafen die Zukunft unserer Stadt	<u>4</u>
Ausbau der L419 in Gefahr Bündnis 90/DAGEGEN	<u>6</u>
Junior Uni Neuer Standort gesucht	<u>7</u>
Die Schulpolitische Geisterfahrt der Wuppertaler CDU	<u>8</u>
Rathaus ...und es bewegt sich doch	<u>9</u>
Grüner Aktionsmus statt dauerhafte Luftverbesserung	<u>10</u>
Aus den Stadtteilen Beyenburg: Verbesserung bei Schulbusanbindung Vohwinkel: Bürgerbeteiligung bei Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße Ronsdorf: Unfallschwerpunkt entschärft Ronsdorf/Vohwinkel: Fördervereine für Schwimmbäder bestärken!	<u>11</u>
Termine	<u>12</u>

Herausgeber:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel.: 0202 / 563 6272
Fax: 0202 / 563 85
E-Mail: fraktion@fdp-wuppertal.de
www.fdp-wuppertal.de

Die Geschäftsstelle ist wie folgt besetzt:
Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr
Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Konzept / Layout:

Tobias Wierzba, Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Bearbeitung:

Tobias Wierzba (V.i.S.d.P.), Karin van der Most, Jörn Suika

Bildmaterial:

soweit nicht anders gekennzeichnet:
Tobias Wierzba, © FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal;
Alexander Schmdt, Seite 5; Thomas Uebrick, Seite 9; Eva Schroeder, Seite 11

Auf ein erfolgreiches neues Jahr

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
Liebe Freundinnen und Freunde der Wuppertaler FDP,
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der FDP-Ratsfraktion möchte ich Ihnen ein spannendes, ereignisreiches und erfolgreiches neues Jahr wünschen!

Politisch hat das Jahr ja bereits äußerst spannend begonnen: Durch seine einstweilige Anordnung zum Landeshaushalt hat der Münsteraner Verfassungsgerichtshof alle Blicke auf die Landesregierung in Düsseldorf gezogen. Auch wenn dies kurzfristig keine Auswirkungen auf Wuppertal hat, wird es mittelfristig seine Wirkung entfalten.

Zum einen wird die Landesregierung mit dem Haushalt 2011 warten (müssen), bis der Verfassungsgerichtshof sein endgültiges Urteil gefällt hat. Zum anderen wird die Landesregierung merken, dass sie viele ihrer Versprechen – für die sie



sich die SPD- und Grünen-Abgeordneten landesweit schon kräftig feiern lassen – nicht werden finanzieren können. Sie werden Schwerpunkte setzen und an anderer Stelle einsparen müssen.

Das wird auch Wuppertal zu spüren bekommen: Sei es bei der erwarteten Entschuldungshilfe, der zusätzlichen Kulturförderung, der Städtebauförderung oder dem kostenlosen letzten Kindergartenjahr. Es wird sich zeigen, dass trotz

aller Hilfsbereitschaft für strukturschwache Kommunen auch für die neue Landesregierung der finanzielle Spielraum nicht größer geworden ist.

Es ist daher jetzt besonders wichtig, dass die politische Führung der Stadt nicht mehr nur bundesweit den Zustand Wuppertals in möglichst düsteren Bildern beklagt, sondern wir unsere eigene wirtschaftliche Basis stärken. Bei dem anstehenden Konzept zur Gewerbeflächenentwicklung wird die Politik direkt zu Jahresbeginn zeigen müssen, wie sie die Schaffung von Arbeitsplätzen in Wuppertal fördern kann und will. Wir hoffen als FDP-Fraktion auf eine mutige und entscheidungsfreudige Politik, die wieder mit einem positiven Blick Wuppertal voranbringen will.

Jörn Suika,
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

Auf ein erfolgreiches neues Jahr!
Ihr

WER GEWINNT?

„Ein Baumarkt auf Lichtscheid“ – diese Meldung scheint auf den ersten Blick keinen Neuigkeitswert zu haben, da wir uns daran schon seit Jahren gewöhnt haben. Neu daran ist: Neben dem bestehenden Hornbach-Baumarkt soll nun auf der anderen Seite der Oberbergischen Straße ein neuer Bauhaus-Baumarkt entstehen.

„Bauhaus – aber die haben doch gerade erst drei Kilometer weiter am Bahnhof Oberbarmen einen neuen Markt eröffnet?“ Richtig! Und das führt für die FDP-Ratsfraktion auch zu einem großen Problem. Nach den uns von der Stadtverwaltung vorgelegte Zahlen sollen nämlich mindestens 86% des Umsatzes des neuen Baumarktes durch Verlagerung innerhalb Wup-

pertals und der näheren Umgebung entstehen. Insbesondere wird erwartet, dass die Umsätze aus Oberbarmen und dem Hornbach-Baumarkt abgezogen werden.

„Das ist halt Marktwirtschaft“ bekommen wir darauf zu hören. Wir wollen uns auch weder in die Strategieplanung oder Wettbewerbsanalysen von Unternehmen einmischen. Der Stadtrat muss aber hier eine stadtplanerische Entscheidung treffen. Für den Baumarkt soll nämlich ein ausgewiesenes Gewerbegebiet von ca. 5 ha umgewidmet werden. Da Gewerbeflächen in Wuppertal absolute Mangelware sind, sollte eine solche Entscheidung sehr genau abgewogen werden.

Schafft die Neuansiedlung in der Summe zusätzliche Gewerbesteuer



und vor allem zusätzliche Arbeitsplätze?

Da die Umsätze fast ausschließlich durch Verlagerung innerhalb Wuppertals erzeugt werden, bezweifelt das die FDP-Fraktion und hat deshalb im Rat gegen die – am Ende von CDU und SPD beschlossene – Umwidmung des Gewerbegebietes gestimmt.

Der zukünftig stattfindende Verdrängungswettbewerb nutzt weder den Kunden, noch der Stadt und am wenigsten den Angestellten.

AUFWACHEN aus dem Winterschlaf!

CDU und SPD verschlafen die Zukunft unserer Stadt

Die Gestaltungsmehrheit im Rat der Stadt Wuppertal, bestehend aus CDU und SPD verdient diese Bezeichnung gegenwärtig nicht wirklich, denn wichtigen Themen bleiben einfach liegen. Man scheut die politische Diskussion. So werden Ausschusssitzungen trotz rechtzeitig angemeldeter Tagesordnungspunkte abgesagt. Im Rat werden Anträge ohne vorherige Diskussion abgelehnt und Vorschläge aus der Verwaltung unreflektiert übernommen. Nachfolgend aufgeführte Themen zeigen exemplarisch den tiefen Winterschlaf der Koalitionäre aus Christ- und Sozialdemokraten. Für unsere Stadt ist es dringend an der Zeit, endlich Politik zu gestalten!

Zukünftige Schwerpunkte unserer Stadt: Rat soll abnicken, nicht gestalten

Rat soll nur abnicken, aber nicht gestalten.

Welche Aufgaben kann und muss die Stadt noch erfüllen?

Dies ist eine der politischen Kernfragen vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation unserer Stadt.

Wir müssen festlegen, welche Aufgaben die Stadt noch erfüllen kann (und für die sie dann auch Personal bereit stellt) und auf welche Aufgaben verzichtet werden muss. Dies wird seit Sommer letzten Jahres durch die Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes erarbeitet.

In Wuppertal entscheidet nicht die Politik, sondern die Verwaltung.

Wer aber glaubt, diese Schwerpunkte werden durch die gewählten Ratsmitglieder festgelegt, irrt gewaltig. Die Erstellung des Konzeptes sehen Oberbürgermeister und Kämmerer als Geschäft der laufenden Verwaltung. Für die

Festlegung der Prioritäten der städtischen Leistungen wird sogar ein externes Gutachten in Auftrag gegeben – aber nicht die Politik beteiligt.

Der Rat darf hinterher die Konsequenzen aus den Festlegungen beschließen und politisch verantworten – von der Festlegung der Schwerpunkte bleibt er jedoch ausgeschlossen, da sich CDU und SPD im Rat gegen eine Beteiligung der Politik ausgesprochen haben.

Mit wem darf die Wuppertaler Politik sprechen?

Bei der Kooperation zwischen Wuppertal, Solingen und Remscheid gibt es schon einige Erfolge, aber auch noch viel Handlungspotential. Die FDP hat daher im Stadtrat vorgeschlagen, dass sich die drei Stadträte enger austauschen sollen, um diese Potentiale zu nutzen, aber auch um die Probleme und Vorbehalte in den jeweils anderen

Städten besser verstehen und darauf eingehen zu können.

Dies wurde von CDU und SPD im Rat abgelehnt. Aber nicht, weil diese den Antrag inhaltlich abgelehnt haben (zumindest haben sie sich in der Ratssitzung mit keinem Ton dazu geäußert), sondern weil der Stadtkämmerer erklärt hat, dass er eine solche Arbeitsgruppe der Politik nicht für nötig halten würde.

In Wuppertal entscheidet leider nicht die Politik selber, mit wem sie sprechen will, sondern lässt sich das von der Verwaltungsspitze vorgeben!

Was sind Ratsbeschlüsse in Wuppertal wert?

Zu Beginn des vergangenen Jahres hatten Oberbürgermeister und Kämmerer eine umfangreiche Liste mit Einsparvorschlägen für den städtischen Haushalt vorgelegt, die in der öffentlich breit diskutiert wurden. Der Rat hat darauf hin im

Frühjahr und Sommer im Rahmen der Haushaltsberatungen ein sogenanntes Haushaltssicherungskonzept beschlossen, in dem Teile der Vorschläge der Verwaltung, aber auch neue Punkte aufgeführt worden sind.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Stadtspitze wurde dieser Ratsbeschluss völlig ignoriert. Auf der städtischen Internetseite war er nicht zu finden und als Haushaltssicherungskonzept wurde nicht der Ratsbeschluss, sondern die Vorschlagsliste des Kämmersers bezeichnet.

Das hat zur Folge, dass auch die Medien zwischen den Vorschlägen und dem tatsächlich beschlossenen Maßnahmen nicht unterscheiden kann.

Erst auf Drängen der FDP wird jetzt zumindest auf der Homepage der Stadt auch über den Ratsbeschluss informiert.

Freie Träger und das Konjunkturpaket II

Die Stadt Wuppertal kann zu Recht eine positive Bilanz für die Verwendung ihrer Mittel aus dem Konjunkturpaket II ziehen. Durch die energetische Sanierung mehrerer Schulen und Hallenbäder sowie die Erneuerung der Straßenbeleuchtung kann die Stadt Kosten dauerhaft senken und Umweltbelastungen verringern. Und mit der Erneuerung des Straßenpflasters am Turmhof und der Gestaltung des Barmer Bahnhofsvorplatzes konnten auch positive Ergebnisse in der Stadtgestaltung erzielt werden.

Nicht ganz so positiv ist das Ergebnis bei den Mitteln, die freien Trägern zur Verfügung gestellt wurden. Zwei Anfragen der FDP-Fraktion brachten im Juni und im Oktober das Ergebnis, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Mittel an freie Träger ausgezahlt wurden. Zudem zeichnete sich ab, dass nicht alle Projekte realisiert werden können. Hätte sich die Politik hier

rechtzeitig eingeschaltet, hätte man sicherlich dem ein oder anderen freien Träger noch helfen können, die Fördermittel korrekt abzurufen. Hier wurde leider wieder eine Chance für Wuppertal ausgesessen!



Überprüfung der technischen und personellen Ausstattung beim Winterdienst

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal hat zur letzten Ratsitzung eine Prüfung beantragt, ob und inwieweit die technische Ausstattung der ESW ausreicht und inwieweit die Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen und unterschiedlichen Behörden verbessert werden kann, um schneller und flexibler auf extreme Wetterlagen reagieren zu können.

„Mit den ersten Wintertagen kamen auch die letztjährigen Problemen mit dem Winterdienst ins Tal zurück“, so Jörn Suika, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal und ergänzt: „Durch den Prüfauftrag soll die Verwaltung auch aufzeigen, welche Möglichkeiten es zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Winterdienstes gibt und welche Kosten tatsächlich für die Bürger durch solche verbesserten Leistungen entstünden“.

In den letzten Tagen konnten einige Straßen ebenso wenig geräumt werden, wie öffentliche Plätze und Teile der Fußgängerzonen, so dass zeitweise der Verkehr mancherorts zusammenbrach.

Suika: „Die negativen Erfahrungen zu Beginn der Wintersaison haben gezeigt, dass es offenbar nicht

ausreicht, rechtzeitig mehr Salz einzulagern. Es ist daher Zeit für eine ehrliche Bestandsaufnahme und der Suche nach einer für allen Beteiligten befriedigenden Lösung“. Eine Evaluierung kann aus Sicht der Liberalen dazu beitragen, dass sowohl der Unmut der Bürgerinnen und Bürger über den selbst empfundenen und durch die Medien kommunizierten „nicht funktionierenden“ Winterdienst, als auch bei den ausgelasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ESW minimiert werden kann.

Leider auch in diesem Winter an einigen Orten unserer Stadt keine Ausnahme - kein Winterdienst. Eine ehrliche Ursachenforschung ist daher gefordert.



Gebührenerhöhung für Winterdienst und Straßenreinigung

Ein klares „Nein“ gab es von Seiten der Liberalen zur Verwaltungsdrucksache, die eine Gebührenerhöhung für Anwohner von Proirität-2-Straßen vorsieht. „Es ist nicht zu erklären, warum Anwohner mehr zahlen sollen, obwohl sie einen eingeschränkten Winterdienst erhalten, während Anwohner von Proirität-1-Straßen mit gutem Winterdienst sogar entlastet werden“, so Alexander Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Jetzt sind CDU und SPD in der Pflicht den Bürgern diesen Umstand zu erklären, denn diese Fraktionen haben der Drucksache zugestimmt.

Eine nicht geräumte Winterstraße in Ronsdorf. Nicht nur die vereisten Spurrillen bereiten Probleme, sondern auch die Schneeberge auf den Parkplätzen.

Foto: © Alexander Schmidt



Bündnis90/DAGEGEN

Eines der wichtigsten Verkehrsprojekte für Wuppertal wird durch die Grünen gefährdet - die L419.

Auf Initiative der FDP-Fraktion hat der Rat am 20.12.2010 auf eine Resolution beschlossen, in der die rot-grüne Minderheitsregierung im Land aufgerufen wird, das Projekt schnellst möglich umzusetzen.

Diesen Stau verdanken Sie
auch zukünftig der Dagegen-Politik von
Bündnis90/Die Grünen

Die Vorderseite des
Flyers, der von der
Fraktion auf der
L419 zum
regelmäßigen
„Stauimbiss“
gereicht wird.

Der Rat der Stadt Wuppertal beschloss am 1. Dezember 2010 mit den Stimmen von FDP, CDU, SPD und WfW folgende Resolution:

„Die Stadt Wuppertal fordert die rot-grüne Minderheitsregierung im Landtag Nordrhein-Westfalen auf, den geplanten vierspurigen Aus- und Neubau der L419 als Verbindungsstück zwischen den beiden Autobahnen A46 und A1 voranzutreiben, so dass diese dem zukünftigen Verkehrsaufkommen gerecht wird.“

Durch Medienberichte Ende vergangenen Jahres wurde bekannt, dass der Ausbau der L 419 auf Grund des Widerstandes der Wuppertal Grünen tatsächlich in Gefahr ist. Daher war es für die FDP-Fraktion notwendig geworden, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, dem sich in der Folgezeit weitere Fraktionen anschlossen.

Ein schnelles und entschiedenes Handeln war deshalb geboten, da

derzeit in der Landesregierung, der Bezirksregierung und beim Landesbetrieb Straßen NRW die Arbeitspläne für das Jahr 2011 erstellt werden und so eine möglichst schnelle und zeitnahe Positionierung der Stadt Wuppertal erforderlich war.

Bei der L 419 handelt es sich bereits jetzt um eine der am stärksten belasteten Straßenverbindungen in Wuppertal. Durch den Bau der Landesbetriebe, die Gewerbeansiedlung auf den ehemaligen Kasernengeländen und eine mögliche weitere Ansiedlung zwischen Hornbach und BarmerGEK

wird diese Belastung noch weiter zunehmen.

Insbesondere die Knotenpunkte zur Erbschlöer Straße, zur Staubenthaler Straße und zur Oberen Lichtenplatzer Straße würden damit endgültig überlastet. Zudem soll die Südtangente im fertigen Zustand auch der Entlastung der A 46 und der innerstädtischen Straßen dienen.

Dies ist durch eine Bestandsanierung, wie es die Grünen planen nicht zu erreichen!

Daher ist der komplette Ausbau der L 419 dringend erforderlich, um den

Wir wollen den Ausbau der L419!
Ihre FDP-Fraktion



Verkehrsinfarkt auf den Wuppertaler Südhöhen zu vermeiden.

Da die Grünen in Wuppertal und im Land die Notwendigkeit des Projektes aktuell in Frage stellen und damit massiv gefährden, haben sowohl der Verkehrsausschuss als auch der Rat der Stadt Wuppertal hierzu glücklicherweise sehr zeitnah eine klare Positionierung beschlossen und damit ein eindeutiges Signal an die Landesregierung gegeben.

Mit einem „Stauimbiss“ hat die FDP-Fraktion das Thema aufgegriffen und verteilt auch in diesem Jahr regelmäßig an der L419 Flyer, Gebäck und Getränke an die frustrierten Autofahrer.

(Die Rückseite des Flyers)

Diesen Stau verdanken Sie

Sehr geehrte Autofahrer,
sehr geehrte Anwohner,

der Ausbau der L419 ist aufgrund des Widerstandes der Grünen in Gefahr.

Die L419 ist bereits jetzt eine der am stärksten belasteten Straßenverbindungen in Wuppertal. Durch die Schaffung vieler Arbeitsplätze entlang der Parkstraße wird die Belastung noch weiter zunehmen. Ein kompletter Ausbau der L419 ist daher dringend erforderlich, um den Verkehrsinfarkt auf den Wuppertaler Südhöhen zu vermeiden.

Auf Initiative der FDP-Fraktion verabschiedet der Rat der Stadt Wuppertal eine gemeinsame Resolution von FDP, CDU, SPD und WfW, in der die Stadt Wuppertal die rot-grüne Minderheitsregierung auffordert, den geplanten vierspurigen Aus- und Neubau der L419 als Verbindungsstück zwischen den beiden Autobahnen A46 und A1 voranzutreiben, so dass diese dem zukünftigen Verkehrsaufkommen gerecht wird.

Unterstützen auch Sie diese Initiative und üben Sie Druck auf die Grünen aus. Sprechen Sie sich überall für den Ausbau aus, damit die grüne Blockade-Politik auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger endlich ein Ende hat.

Kontaktieren Sie uns und werden Sie mit uns aktiv für ein besseres Wuppertal:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal

Tel.: 0202 / 563 62 72, Fax: 0202 / 563 85 73

E-Mail: fraktion@fdp-wuppertal.de, Internet: www.fdp-wuppertal.de



NEUER STANDORT GESUCHT

Die Stadt Wuppertal und die Junior Uni haben ihre Pläne für einen Neubau auf der Talachse aufgegeben und befinden sich nun auf der Suche nach einer kostengünstigen und verkehrstechnisch gut angebundenen Alternative.

Die Standortsuche schien beendet, doch verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass sich der Neubau an der Loher Brücke nicht realisiert werden konnte.

Nun wird für die beliebte und innovative Bildungseinrichtung für wissenschaftsbegeisterte Kinder und Jugendliche neue Räumlichkeiten im vorhandenen städtischen Bestand gesucht.

Die FDP-Fraktion hat hierzu die Anforderungen der Junior Uni an

den Standort, die Erreichbarkeit und das Raumkonzept erfragt.

Aus Sicht der Verwaltung kämen einzig die zur Zeit in der Auflösung befindenden Hauptschulen Gertrudenstraße und Berhauser Straße als neuer Standort in Frage, weil diese Schulgebäude das Raumkonzept der Junior Uni am besten erfüllen.

Was die Lage und Erreichbarkeit angeht, kommt das Schulgebäude an der Gertrudenstraße den Vor-

stellungen von Stadt und Gesellschaftern der Junior Uni derzeit am ehesten entgegen.

Ziel der Junior Uni ist es, einen Standort zu finden, der verkehrsgünstig gelegen ist und von den Kindern und Jugendlichen fußläufig erreicht werden kann. Demnach wird vorrangig ein Gebäude im Bereich der Talachse gesucht, dies auch, um Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien zu erreichen.

Wohin die Reise der beliebten Junioruni geht, weiß heute noch niemand. Fest steht jedoch, dass aufgrund einer Anfrage der FDP zumindest die Anforderungen an den Standort, die Erreichbarkeit und dem Raumkonzept feststehen.



DIE SCHULPOLITISCHE GEISTERFAHRT DER WUPPERTALER CDU

2014 wird ein Gymnasium in eine Gesamtschule umgewandelt. Damit stellen sich die Wuppertaler Christdemokraten gegen ihren neuen Landesvorsitzenden Norbert Röttgen, der noch vor wenigen Tagen für die NRW-CDU einem solchen Vorgehen eine entschiedene Absage erteilt hat.

Kaum eine andere weiterführende Schule ist in Wuppertal so gut ausgestattet, wie die Gesamtschulen. Das war politisch von Rot-Grün so gewollt - heute offenbar auch von der CDU.

Die Novembersitzung des Rates zeigte einmal mehr die verkehrte, der eigenen CDU-Programmatik entgegen gerichtete Schulpolitik der Wuppertaler CDU.

Bei der Vorstellung des neuen Schulkonzeptes der NRW-CDU betonte dessen Vorsitzender, Norbert Röttgen vor wenigen Tagen: „[...] soll es nur dann neue Gesamtschulen geben, wenn dadurch keine Realschulen oder Gymnasien gefährdet sind.“

Die Wuppertal CDU hingegen beabsichtigt aber die Schließung bestehender Gymnasien und Realschulen in unserer Stadt zugunsten einer neuen Gesamtschule. So hat der hiesige Schuldezernent Matthias Nocke (CDU) in der Ratssitzung am 15.11.10 erklärt, die Neuerichtung der sechsten Gesamtschule umsetzen zu wollen, sobald im Jahr 2014 die Bestandsgarantie für die Wuppertaler Gymnasien und Realschulen wegfällt.

Das heißt, die CDU in Wuppertal schließt zusammen mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Linken mindestens ein Gymnasium, um diese Schule dann in eine Gesamtschule umzuwandeln. Für eine neue zusätzliche Gesamtschule fehlen in Wuppertal nicht nur das Geld, sondern auch die (drastisch sinkenden) Schülerzahlen.

„In Wuppertal wird der Bedarf für die Erweiterung der Gesamtschulen durch die Schließung leistungsstarker

und akzeptierter Schulformen, die zum Abitur oder zur mittleren Reife führen, geschaffen“, so Karin van der Most, schulpolitische Sprecherin der Wuppertaler FDP und ergänzt: „Da hilft den Befürwortern der Gesamtschule auch nicht mehr das Argument des Elternwillens aufgrund der hohen Anmeldezahlen für die Gesamtschulen“.

Die Liberalen stehen diesen Plänen ablehnend gegenüber, da gleiche Maßstäbe mindestens auch für die Gymnasien in unserer Stadt gelten müssen.

Warum also gute Schulen aufgeben, nur um ein neue Schulform einzurichten? In Wuppertal sieht die FDP dafür keinen sachlichen Grund.

„Es bleibt spannend abzuwarten, wie sich die Eltern der Schüler und Schülerinnen, die ein Gymnasium in unserer Stadt besuchen oder besuchen wollen, sich dazu verhalten werden und ob auch dieser Elternwille bei der Entscheidung gehört wird“, so Karin van der Most.

„Wir würden es vielmehr begrüßen, wenn in das bestehende Bildungsangebot investiert wird und die vorhandenen Standorte gestärkt werden, wenn an allen Schulen Ganztagsangebote eingerichtet und für alle Schulen gleiche und gute Bildungsbedingungen geschaffen werden. Denn auch das ist Elternwille!“, so van der Most abschließend.

Rathaus

...und es bewegt sich doch!

Trotz der aus liberaler Sicht widrigen Mehrheitsverhältnisse im Rathaus, gelingt es der FDP-Fraktion immer wieder Akzente zu setzen und Erfolge zu erzielen. So beispielhaft bei folgenden Themen:

Antrag Förderung Elektromobilität in Wuppertal beschlossen!

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und WfW wurde gestern ein seit längerem vorliegender Antrag der FDP-Fraktion zur Förderung von Elektromobilität im Umweltausschuss beschlossen.

„Es freut uns sehr, dass nun die Möglichkeit gegeben ist, in Wuppertal den Stillstand in Sachen Elektromobilität zu überwinden“, so Hartmut Stiller, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal und ergänzt: „Mit diesem Beschluss zu Gunsten der zukunftsweisenden Elektromobilität kann die hohe Luftbelastung im Tal durch die Förderung einer modernen Technologie statt mit Verboten gemindert werden.“

Der im letzten Jahr verabschiedete Antrag sieht vor, dass zeitnah eine Infrastruktur für Elektromobilität geschaffen wird. So soll mit der Errichtung von öffentlichen Ladestationen am Rathaus und in zentraler Lage in Elberfeld schnellstmöglich eine Grundversorgung hergestellt werden.



„Dabei sollen die WSW als kommunales Unternehmen hier kurzfristig initiativ werden. Die

Stadtwerke werden gebeten zu prüfen, wie eine Infrastruktur beispielsweise durch Ertüchtigung bestehender „Stromtankstellen“ beziehungsweise durch Errichtung neuer Anlagen in zentraler Lage geschaffen werden kann“, so Stiller. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen in der nächsten Sitzung der Umweltausschuss vorgestellt werden.

Ein weiterer Prüfauftrag richtet sich an die Verwaltung. Diese soll prüfen, ob die Einführung eines auf drei Jahre zeitlich begrenzt gültigen und stadtweit im gesamten öffentlichen Raum kostenlos zu nutzenden „Elektrofahrzeug-Parkausweis“ möglich ist.

Stiller abschließend: „Das war gestern ein guter Tag für die Elektromobilität und den Umweltschutz, bei dem die Beschlussfassung zeigt, dass es hierbei ausschließlich um die Sache und nicht um Parteiinteressen geht. So haben wir die Änderungsvorschläge der SPD gerne in unseren Antrag integriert.“

Personalnotstand im Gesundheitsamt

FDP setzt Verwaltung unter Druck – erste Verbesserungen in Sicht.

Mit einer Anfrage zur Personalsituation im Gesundheitsamt im Frühjahr letzten Jahres hat die FDP-Fraktion einen Stein ins Rollen gebracht, der seither in jeder Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses für Unmut sorgt. Die Fragen und seither immer wieder neu aufgeworfene Fragen brachten viele Unzulänglichkeiten

ans Tageslicht: über Jahre hinweg unbesetzte Arztstellen, Vernachlässigung der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben in der kinder- und jugendärztlichen und -zahnärztlichen Versorgung, mangelhafte Versorgung im sozialpsychiatrischen Bereich sowie viel zu lange Bearbeitungszeiten für die Begutachtung von Anträgen für Behinderte.

Finanziert werden die Karten von privaten Unternehmen.



FDP-Modell im Stadtrat von fast allen Fraktionen beschlossen.

Eva Schroeder, Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss: „Der Personalmissstand im Gesundheitsamt ist nicht hinnehmbar und muss sofort durch Einstellung von Personal oder durch Verträge mit extern arbeitenden Ärzten aufgehoben werden.“

Einen kleinen Erfolg konnte jetzt durch einen Vertrag mit einer Zahnarztpraxis erreicht werden. „Mit Hilfe dieser Zahnarztpraxis können ab diesem Jahr wieder zahnärztliche Untersuchungen – wie übrigens im Gesetz vorgeschrieben –

in den Kindertagesstätten stattfinden.

Für die ärztlichen Untersuchungen gibt es weiterhin noch keine Lösung.

Eva Schroeder: „Hier erwarten wir eine klare Aussage von Dr. Johannes Slawig, der in die Februarsitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses speziell zu diesem Thema eingeladen wird.“

Politik hat Vorbildfunktion

„Wenn wir von den Bürgern Einschnitte zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes erwarten, sollte die Politik mit den Einschnitten bei sich selber anfangen“. Mit dieser Aussage hat die FDP im Rahmen der Haushaltsberatungen die Reduzierung der Zahl der Stadtbezirke von 10 auf 6 und des Stadtrates von 66 auf 60 Mitglieder beantragt. Nachdem der Antrag im Sommer an den Ältestenrat vertagt wurde, hat die Stadtverwaltung jetzt einen Vorschlag vorgelegt, wie die Reduzierung der Zahl der Stadtbezirke vollzogen werden kann. Wir

hoffen, dass der Rat spätestens zur nächsten Haushaltsberatung Ende dieses Jahres unseren Vorschlag auch beschließt.

Möblierung in der Innenstadt Elberfeld - Beteiligung erreicht

Für die letzte Ratssitzung war der Punkt „Möblierung in der Innenstadt Elberfeld“ zur Beschlussfassung vorgelesen.



Die eingebrachte Verwaltungsdrucksache sah vor, den Beschaffungsbedarf für Möblierungselemente für die Elberfelder Innenstadt zu vereinheitlichen. Die daraus resultierenden städtischen Vorgaben sollten auch für von privaten Initiativen anzuschaffende Gegenstände im öffentlichen Straßenraum gelten.

Hierzu hatte die Fraktion der Liberalen einen Änderungsantrag eingebracht in dem sie forderte, dass die Gesamthematik mit den Elberfelder Einzelhändlern und den Interessensgemeinschaften abgestimmt wird. Außerdem bat die Fraktion darum, bis zu einer konsensualen Abstimmung die Beschlussvorlage zurückzustellen. Es ist daher auch umso erfreulicher, dass aufgrund der Initiative der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal die Verwaltung den Tagesordnungspunkt zurückstellte und nun die Abstimmung mit den Elberfelder Einzelhändlern und den Interessensgemeinschaften sucht. Hier zählt das erzielte Ergebnis: Transparenz und Beteiligung.

Das Ergebnis zählt: Transparenz und Beteiligung. Durch einen von der FDP-Fraktion eingebrachten Antrag, sucht die Verwaltung nun den Dialog mit den Einzelhändlern.

GRÜNER AKTIONISMUS STATT DAUERHAFTE LUFTVERBESSERUNG

Die FDP kritisiert die einseitige Ausrichtung der Regierungspräsidentin auf die Verschärfung der Umweltzonen, obwohl der aktuelle Luftreinhalteplan ausdrücklich weitere Alternativen vorsieht.

Nachhaltige Umweltpolitik anders aus!

Der Luftreinhalteplan der Bezirksregierung sieht ausdrücklich weitere Alternativen vor, aber die Grünen scheinen sie nicht zu wollen.

„Die grüne Regierungspräsidentin setzt ausschließlich auf die Verschärfung der Umweltzonen, behindert aber gleichzeitig andere dauerhafte Maßnahmen zur Verminderung von Luftverunreinigungen“, so Hartmut Stiller, Umweltexperte der FDP-Ratsfraktion und ergänzt: „Die ist ökologisch unsinnig, solange andererseits einfachste Lösungen, wie die Pflanzung von Straßenbäumen und

der Ausbau der L419 abgelehnt werden“.

Der aktuelle Luftreinhalteplan für Wuppertal enthält nicht nur die Umsetzung der Umweltzonen, sondern auch dauerhafte Maßnahmen zur Minimierung der Luftverunreinigung, wie beispielsweise die Optimierung der innerstädtischen Begrünung.

Stiller: „Andere wirksame Maßnahmen, wie der vierspürige Ausbau der L419 werden sogar verhindert.“ Im Luftreinhalteplan wird genau dieser Ausbau mit Anschluss an die A1 in Ronsdorf unter lufthygien-

ischen Aspekten positiv gewertet. Durch diese Verbindung soll der Durchgangsverkehr, von der dicht besiedelten Talsohle in die Peripherie umgelenkt werden, um für Entlastung zu sorgen.

„Die Verschärfung der Umweltzone bei gleichzeitiger Verhinderung der anderen dauerhaft wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, zeugt von purem Aktionismus.“

Eine nachhaltige Umweltpolitik für die Luftverbesserung in Wuppertal sieht anders aus“, so Stiller abschließend.

AUS DEN STADTTTEILEN

Beyenburg: Verbesserung bei Schulbusanbindung

Die FDP in der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg hat sich in einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP für eine Fahrplanverbesserung durch Anpassung der An- und Abfahrten von Schulbussen in Beyenburg eingesetzt. So kommen nun alle Schüler aus dem Bereich Beyenburg-Herbringhausen und Umgebung pünktlich zum Schulbeginn zu ihren Schulen.

Eine Änderung der Fahrpläne war deshalb notwendig, da die Busse aus Remscheid um 7:31 Uhr am Umsteigepunkt ankamen, während der Bus aus Wuppertal bereits um 7:28 Uhr weiter gefahren war.

Viele Schülerinnen und Schüler mussten daher frühere Busse nehmen oder kamen beim Verpassen des früheren Busses zu spät zur Schule, weil ihre Anschlussverbindung bereits weitergefahren war. Dieses gehört nun der Vergangenheit an.



Ronsdorf/Vohwinkel: Fördervereine für Schwimmbäder bestärken!

Wuppertals Wenn die Stadt das Hallenbad Röttgen und das Gartenhallenbad Cronenberg nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten wieder öffnet, werden zwei Bäder, die Hallenbäder Ronsdorf und Vohwinkel, geschlossen. Der Stadt fehlt das Personal, um alle Schwimmbäder zu betreiben. Vor wenigen Monaten haben sich deshalb zwei Fördervereine ge-

Vohwinkel: Bürgerbeteiligung bei Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße

Zur Dezembersitzung brachte die FDP in der Bezirksvertretung Vohwinkel einen Antrag ein, der eine Beteiligung der Anwohner an der Straßenumbenennung vorsah.

Mit dem Antrag des liberalen Bezirksvertreter Georg Schroeder sollte erreicht werden, dass die Mehrheit in der Bezirksvertretung aus SPD, Grünen und Linke nicht über die Köpfe der Anwohner hinweg entscheiden können soll. Die Anwohner der Lettow-Vorbeck-Straße sind schließlich mündige Bürger und haben ein Recht darauf, dass ihre Meinung in der Politik Gehör findet. Die Politik ist in der Pflicht, diesen Meinungen mit Respekt zu begegnen.

Die mit der Umbenennung verbundenen Folgen müssen schließ-

lich die Anwohner schultern - seien es die zu tragenden Kosten für Änderungen von Briefpapier, Visitenkarten, Schulden von Gewerbetreibenden, Beschriftungen von Fahrzeugen, Planen etc., oder sei es der Aufwand für das Inkennntnissetzen von Behörden, Versicherungen und dem sozialen Umfeld.

In der Vergangenheit haben die FDP zahlreiche Anrufe und Briefe erreicht, in denen die Bürger baten, sich für Sie einzusetzen, was mit dem Antrag geschah.

Allerdings wurde der Antrag von SPD, Grünen und Linke abgelehnt, so dass die Anwohner nun keine Möglichkeit haben werden, sich aktiv in den Umbenennungsprozess mit einzubringen. Politik für Bürger sieht für Liberale anders aus!



SPD, Grüne und Linke wollten keine Bürgerbeteiligung beim Umbenennungsprozess. Bürgerfreundlich ist das nicht!

Ronsdorf: Unfallschwerpunkt entschärft

Die FDP konnte sich mit ihrem Antrag in der Bezirksvertretung Ronsdorf durchsetzen, den Kreuzungsbereich Am Stadtbahnhof/Schenkenstraße/Kocherstraße durchsetzen.

In dem einstimmig beschlossenen Antrag des liberalen Bezirksvertreter Klaus Brennecke wird die Verwaltung gebeten, Maßnahmen für den Kreuzungsbereich zu

erarbeiten, die diesen entschärfen und gleichzeitig den Abfluss des Verkehrs aus der Kocherstraße zu beschleunigen.

In der Vergangenheit ist des hier vermehrt zu Verkehrsproblemen gekommen.

Lediglich CDU und WfW sahen hier keinen erhöhten Handlungsbedarf und enthielten sich.

Unfallschwerpunkt Am Stadtbahnhof/Schenkenstraße/Kocherstraße auf liberale Initiative entschärft.





Termine

Gesamtfraktion

21.02.2011, 18.30 - 20.00 Uhr,
II. + III: Sitzungszimmer, Rathaus

21.03.2011, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
Vorbereitung der Ratssitzung

11.04.2011, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus

16.05.2011, 18.30 - 20.00 Uhr,
II. + III. Sitzungszimmer, Rathaus

Ratssitzungen

28.02.2011, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

23.05.2011, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

Arbeitskreise

Arbeitskreis 1

Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr;
Finanzen, Schutz&Ordnung

28.03.2011, 19.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149

*Leitung: Jörn Suika und Alexander
Schmidt*

02.05.2011, 19.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149

*Leitung: Jörn Suika und Alexander
Schmidt*

Arbeitskreis 2

Soziales, Integration, Jugend, Schule,
Sport und Kultur

04.04.2011, 19.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149

*Leitung: Susanne Wywiol und Eva
Schroeder*

Kontakt

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Rathaus (Barmen), Zimmer 150
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Tel 0202 / 563 62 72

Fax 0202 / 563 85 73

E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Internet www.fdp-wuppertal.de

Fraktionsmitarbeiter

Tobias Wierzba, Dipl. Jur.
Fraktionsgeschäftsführer

Karin van der Most, Dipl. Soz.
Fraktionsgeschäftsführerin

Andrea Sperling
Sekretariat

Sie erreichen unsere
Geschäftsstelle:

Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr